

Das Trauma Wasserwerfereinsatz unbedingt überwinden!

Rückkehr zum Einsatz erforderlicher Einsatzmittel. Bestmöglicher Schutz für Kolleginnen und Kollegen gefordert.

Eine Kundendemo ist in der Stuttgarter Innenstadt aus dem Ruder gelaufen: Fünfzig Einsatzkräfte der Polizei wurden verletzt. Vier Kollegen waren vorübergehend dienstunfähig. Die Beamten sprachen von unglaublichen Aggressionen und Gewalttätigkeiten der beteiligten Parteien untereinander. Massive Angriffe richteten sich auch gegen die eingesetzten Polizeibeamte.

Die Einsatzkräfte wurden mit Böllern und Pflastersteinen beworfen sowie mit Pfefferspray besprüht. Einsatzkräfte erlitten Knalltraumata, Hämatome oder Prellungen und das trotz Schutzausrüstung.

Die DPoIG fordert seit Jahren den Gebrauch von Einsatzmitteln, die geeignet sind Recht und Ordnung herzustellen und zu gewährleisten. Einsatzmittel, die gleichzeitig einen größtmöglichen Schutz für die eingesetzten Kräfte bieten. Faktisch stehen derzeit in Baden-Württemberg nicht alle geeigneten aber vorhandenen (!) Einsatzmittel zur Disposition.

„Es ist unerträglich, dass wir unsere Haut zu Markte tragen, weil



Bild: dpa

irgendwelche Hemmnisse es nicht zulassen, probate Einsatzmittel wie den Wasserwerfer einzusetzen“, sagt stellvertretender Landesvorsitzender Jürgen Engel.

Seit dem „Schwarzen Sonntag“ am 30. September 2010 leiden Politiker und Taktiker unter dem Traumata „Wasserwerfereinsatz“. Seit diesem Tag sind Wasserwerfer als taktisches Einsatzmittel vielerorts tabu oder stark umstritten. Angesicht der jetzt neu aufgezeigten aggressiven Potentiale gegenüber auch friedlichen Demonstranten und Einsatzkräften der

Polizei, muss man sich diesen Fragen neu stellen. Andere Bundesländer, beispielsweise Hamburg, setzen Wasserwerfer regelmäßig ein, um bei geringem Risiko für die Einsatzkräfte, eine Lage zu bereinigen.

„Es wird Zeit dass wir mit aller Konsequenz und allen verhältnismäßigen Mitteln das Recht wieder auf die Straße bringen und mit aller Macht solchen Entwicklungen entgegen treten. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern auch in Stuttgart schuldig. Und unseren Kolleginnen und Kollegen allemal“, sagt Engel.

Artikel in dieser Ausgabe

1. Trauma Wasserwerfereinsatz überwinden
2. Milliarden schwerer Einbruchschaden
3. Vergütung Urlaubsanspruch Altersteilzeit
4. Einbruchszahlen sind alarmierend
5. Interessenverbände zur Landtagswahl
6. Aufstieg QL - Ja oder nein?
7. Gewalt gegen öffentlich Bedienstete
8. Update: Technikstandort Freiburg
9. Besoldung im Bundesvergleich
10. Zentrale Bezirksjugendkonferenz
11. Bildung DPoIG-Seniorenvertretung

Impressum

Redaktion:
Sven Heinz, 72820 Sonnenbühl
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: sven.heinz@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen sind entsprechend gekennzeichnet

Mehr als halbe Milliarde Euro Schaden

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) stellte auf seiner Jahrespressekonferenz die Zahlen des Geschäftsjahres 2015 vor. Bundesweit seien durch Einbrüche über eine halbe Milliarde Euro Gesamtschaden entstanden.

Wohnungseinbrüche sorgen jährlich für Schäden an Millionenhöhe. Im Jahr 2014 leisteten die Hausratversicherer insgesamt 490 Millionen Euro für Einbruchsschäden. Im vergangenen Jahr wurde dieser Wert getoppt.

Mehr als 500 Millionen Euro seien 2015 bundesweit an die Opfer von Wohnungseinbrüchen bezahlt worden. Dies gab die Versicherungsbranche bereits im Vorfeld zu ihrer Pressekonferenz im April in Berlin bekannt. Der Diebstahlschaden sei damit auf ein Niveau angestiegen, wie es zuletzt Anfang der Neunziger Jahre verzeichnet wurde.

Als Grund für diese negative Entwicklung nannten die Versicherer die auf Bundesebene verzeichneten deut-

lichen Zunahmen von Wohnungseinbrüchen. Demnach stieg die Zahl der Einbrüche im vergangenen Jahr bundesweit um rund zehn Prozent auf einen Rekordwert von etwa 167.000 Fälle an. Immer öfter handele es sich bei den Kriminellen um organisierte Einbrecherbanden aus dem Ausland, die nach ihrem Beutezug schnell über die offenen Grenzen verschwinden.

Förderprogramm für passiven Einbruchschutz

Bereits 2014 waren die Einbruchszahlen deutlich angestiegen und liegen damit seit Jahren auf einem hohen Niveau. Als Reaktion darauf hatte die Politik beschlossen, den passiven Einbruchschutz stärker zu fördern. Aus Sicht der Versicherer eine sinnvolle Entscheidung. Denn

durch die Nachrüstung mit einer effektiven Sicherungstechnik könnten viele Einbrüche verhindert werden. Rund vierzig Prozent der Einbruchversuche werden laut Versicherer abgebrochen, wenn die Täter nicht schnell genug in die Wohnung oder das Haus kommen.

Quelle: GDV

Mehr zum Thema

Förderprogramm zur Verbesserung der Sicherheitstechnik
<http://bit.ly/1qq3EFh>

Nichtgenommener Urlaub bei Ausscheiden aus aktivem Beamtenverhältnis

Auslegungshinweise zur Urlaubsvergütung Altersteilzeit

Das Innenministerium hat nach Urteil Bundesverwaltungsgericht vom 19.11.2015 (Az.: 2 C 3.15) Auslegungshinweise zur Urlaubsvergütung bei Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gegeben. Alle Beamtinnen und Beamte sollten wenn möglich rechtzeitig vor Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit ihren Resturlaub nehmen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass nicht auf den Zeitpunkt des Eintritts in die Freistellungsphase der Altersteilzeit abzustellen ist,

sondern vielmehr auf den Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses durch Versetzung oder Eintritt in den Ruhestand. Ein Beamter bleibe auch in der Freistellungsphase der Altersteilzeit im Beamtenverhältnis. In rechtlicher Hinsicht seien weder das Beamtenverhältnis aufgelöst noch der Status als aktiver Beamter beendet. Damit sei die Vorstellung eines bereits beendeten „Arbeitsverhältnisses“ nicht vereinbar. Es könne durchaus zu einer Rückkehr in den Dienst kommen (...) wodurch auch die Inanspruchnahme noch bestehenden Urlaubs folglich noch möglich

sei. „Diese Rechtsauffassung des Bundesverwaltungsgerichts hat zur Folge, dass Urlaub, der vor Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit nicht genommen werden konnte, nach den allgemeinen Regeln auch innerhalb der Freistellungsphase verfallen kann“, informiert der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Daniel Jungwirth.

Er rät Beamtinnen und Beamten, vor dem Eintritt in die Freistellung, die bis zum Ruhestand andauert, verbliebenen Urlaub, soweit dies ihnen tatsächlich möglich ist, zu nehmen.

Einbruchszahlen sind auf bundesweiter Sicht alarmierend

DPoIG fordert: Bundesländer müssen endlich ihre Erkenntnisse austauschen

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) fordert vor dem Hintergrund bundesweit gestiegener Wohnungseinbruchszahlen im Jahr 2015, endlich effektive Maßnahmen zur Bekämpfung auf den Weg zu bringen.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sieht vor allem die Länder am Zug: „Wir brauchen dringend die Einrichtung eines länderübergreifenden Vorgangsbearbeitungssystems, das recherchefähig sein muss. Es kann nicht sein, dass eine kriminelle Bande eine Reihe von Einbrüchen in Sachsen begeht, dann weiterreist nach Nordrhein-Westfalen und dort niemand bei der Polizei auf Erkenntnisse zuvor begangener Straftaten zugreifen kann. An dieser Stelle verhalten sich die Länder immer noch wie Provinzfürsten.“

Einbruchopfer leiden oft ein Leben lang.

Außerdem unterstützt die DPoIG den Vorschlag einiger Unionspolitiker, die Gesetze bei Einbruchskriminalität so zu verschärfen, dass sie zumindest auf einen Teil der Täter abschreckend wirken. Der oft bei Gerichtsverfahren gegen Einbrecher angewandte minderschwere Fall soll abgeschafft werden und dafür der Wohnungseinbruchdiebstahl in den Katalog der schweren Straftaten aufgenommen werden. Wendt: „Es muss endlich gehandelt werden, sonst bekommen die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, Deutschland fällt unter die Räuber.“

Es muss endlich klar werden, dass Wohnungseinbrüche die Bürgerinnen und Bürger erheblich beunruhigen und für die, die zum Opfer werden, jahrelange psychische Belastungen die Folge sein können.



Rechte Grafik: F. Xab...

Auf Täter abgestimmte Ermittlungsinstrumente.

Die Fälle, die aufgeklärt werden, lassen immer häufiger den Schluss zu, dass es sich bei Haus- und Wohnungseinbrüchen um bandenmäßig, organisierte Kriminalität handelt. Reisende, nicht ortsansässige Täter erschweren nicht selten die Ermittlungserfolge. „Deshalb brauchen wir dringend eine höhere Aufklärungsquote, denn nur wenn das Entdeckungsrisiko hoch ist, erhöht man den Druck auf die Täter“, so Wendt. Dazu gehört auch, neue Ermittlungsinstrumente wie das *Predictive Policing* einzusetzen, um durch Datenerfassung und -auswertung Strukturen und Verhalten von Kriminellen zu erkennen und vorherzusagen. Angesichts bundesweit knapper Personalausstattung der Polizei sind wir darauf angewiesen, die verfügbaren Kräfte so gezielt wie möglich einzusetzen.

In Bremen, Hamburg und Hannover fordern die DPoIG-Landesverbände angesichts dort stetig steigender Einbruchszahlen einen „Einbruchs-Radar“ nach Vorbild eines Polizei-Projekts in Bochum. Dort veröffentlicht die Polizei wöchentlich Straßen, an denen eingebrochen wurde und sensibilisiert so die Bevölkerung in der Nachbarschaft.

Nur einige wenige Bundesländer haben stagnierende Fallzahlen zu verzeichnen.

„Innenminister Reinhold Gall: „Die Trendumkehr ist geschafft.“

Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Baden-Württemberg ist 2015 um knapp zehn Prozent zurückgegangen. Innenminister Reinhold Gall (MdB) sprach von einer erfolgreichen Trendumkehr. Die Zahl der Wohnungseinbrüche im Land gingen 2015 um knapp zehn Prozent auf 12.255 Fälle (2014: 13.483) zurück. Die Aufklärungsquote dagegen konnte um mehr als drei Prozentpunkte auf 17,3 Prozent (2014: 14,0 Prozent) gesteigert werden.

DPoIG: „Von einer echter Trendumkehr kann erst die Rede sein, wenn die Fallzahlen dauerhaft wieder abnehmen.“

Die DPoIG Baden-Württemberg begrüßt diese durchaus positiven Entwicklungen. Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer mahnte die Politik angesichts dieser Entwicklungen aber, sich jetzt nicht darauf auszuruhen. „Von einer echter Trendumkehr kann erst die Rede sein, wenn die Fallzahlen dauerhaft wieder abnehmen“, so Kusterer.

Interessenverbände zur Landtagswahl

Beamtenbund verhält sich parteipolitisch neutral und sieht unter Grün-Schwarz gute Chancen

In Baden-Württemberg verliert die CDU ihre letzte Hochburg im Westen an die Grünen, die mit 30,3 Prozent (plus 6,1 Prozentpunkte) ein neues Rekordergebnis in den Ländern erzielen. Christ- und Sozialdemokraten, beide bereits 2011 historisch schwach, fallen nach ihren jeweils stärksten Verlusten in diesem Bundesland in neue Tiefen. Die CDU kommt auf 27,0 Prozent (minus 12,0) und die SPD auf 12,7 Prozent (minus 10,4).

Die FDP, 2011 ebenfalls schwach wie nie, verbessert sich auf 8,3 Prozent (plus 3,0), die Linke kommt auf 2,9 Prozent (plus 0,1). Neu im Landtag, in dem damit erstmals seit dem Ausscheiden der Republikaner 2001 wieder fünf Fraktionen sitzen, ist die AfD, die aus dem Stand 15,1 Prozent erzielt. Alle sonstigen Parteien kommen auf 3,7 Prozent (minus 1,9). Die Wahlbeteiligung erreicht mit 70,4 Prozent (plus 4,1) das höchste Niveau bei einer baden-württembergischen Landtagswahl seit 1988.

Ein Hauptgrund für das grüne Rekordergebnis war Winfried Kretschmann, der fast schon idealtypische Landesvater: Bei Arbeitsbilanz und Reputation erreicht der grüne Kandidat ein Niveau, das in den letzten Jahrzehnten nur eine Handvoll Ministerpräsidenten übertreffen konnten.

Spiegelbild der Gesellschaft.

Laut Angaben des Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim gegenüber der Stuttgarter Zeitung hat sich das Wahlverhalten von gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern kaum vom Verhalten der übrigen Wählerschaft unterschieden.

Trotz ausdrücklicher Warnungen von Seiten des DGB haben 15,7 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder (inklusive Beamtenbund) die AfD gewählt. Leni Breimayer, Landesvorsitzende

von ver.di, sagte dazu gegenüber einer Zeitung, dass der Erfolg der AfD im Kern ein „nach rechts gewendeter sozialer Protest“ sei. Die Menschen fühlten sich durch steigende Flüchtlingszahlen bedroht, jedoch seien die Migranten aber nur Katalysator anderer vorhandener Probleme.

Beamtenbund setzt auf konstruktiven Dialog.

Der Beamtenbund mit Tarifunion (BBW) steht der völlig neuen politischen Konstellation offen gegenüber. Das Wahlergebnis sei eindeutig ausgefallen, so Beamtenbundchef Volker Stich. Die Popularität von Ministerpräsident Winfried Kretschmann habe trotz jahrelangen Konflikten und Sparrunden in die Belegschaft des Öffentlichen Dienstes ausgestrahlt. Dies und ein übermaßen in allen Gesellschaftsschichten dominierendes Flüchtlingsthema hätten zu dem jetzt vorliegenden Wahlergebnis beigetragen.



Landesvorsitzender Beamtenbund Volker Stich

Die früher zu verspürende Schärfe und Vorbehalte gegen Grün hätten auch innerhalb des Beamtenbund (BBW) abgenommen. Darauf hätten sich die BBW-Gewerkschafter längst eingestellt, sagte Stich.

Aufgrund dieser Vorzeichen hat Volker Stich seiner Organisation bereits zu Beginn des Wahlkampfes Zurückhaltung empfohlen, während andere Dachverbände sich ausdrücklich für

eine Fortführung von Grün-Rot ausgesprochen haben. „Wir haben das frühzeitig diskutiert. Die klare Haltung war, der Beamtenbund bleibt parteipolitisch neutral!“, berichtete Stich.

Praktisch nahtlos habe der Beamtenbund seine Lobbyarbeit mit den Regierungsparteien fortgesetzt. Erste Gespräche gab es beispielsweise mit dem finanzpolitischen Sprecher der Grünen Mutharrem Aras (MdL). Weitere Gespräche mit den Landes- und Fraktionsvorsitzenden von Grünen und CDU folgen.

Erwartungen an schwarzen Koalitionspartner.

Volker Stich macht keinen Hehl daraus, dass der Beamtenbund viel vom schwarzen Koalitionspartner erwartet, welcher dem Öffentlichen Dienst vor der Wahl viele Zusagen gemacht hat. Darunter die erhoffte Rücknahme der unter der letzten Regierung beschlossenen Absenkung der Eingangsbeholdung. Der Beamtenbund klagt vor dem Verwaltungsgerichtshof gegen dieses „völlig falsche Signal“ in Zeiten händeringenden Werbens um qualifizierte Nachwuchskräfte. Weiter habe die CDU die feste Zusage gemacht, das der Tarifabschluss 2017 inhalts- und zeitgleich für die Länder übernommen werde, sollten sie in Regierungsverantwortung kommen. Als weiteren großen Punkt versprach die CDU eine Überprüfung der unter Grün-Rot beschlossenen Beihilfekürzungen.

Quellen: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Stuttgarter Zeitung, BBW

Mehr zum Thema

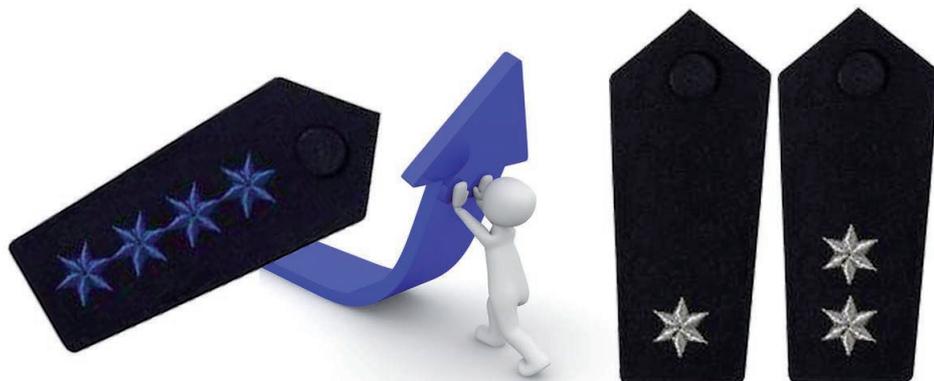
Forschungsgruppe Wahlen e.V.
www.forschungsgruppe.de

Wahlanalyse zur Landtagswahl Baden-Württemberg 2016
<http://bit.ly/1SOUH1b>

QL-Aufstieg Ja oder Nein?

Immer wieder befürchten Kolleginnen und Kollegen unbegründet persönliche Nachteile. Wir informieren.

Immer wieder werden unsere Mandatsträger oder die DPoIG-Personalräte gefragt, ob sich denn eine Bewerbung für den Aufstieg in den gehobenen Dienst über das sogenannte Qualifikationsprogramm lohnen oder Nachteile mit sich bringen würde. Viele Kolleginnen und Kollegen befürchten, dass sie den Sprung nach A10 nicht mehr schaffen und dann eine schlechtere Versorgung erhalten.



„Diese Befürchtungen sind aus unserer Sicht unbegründet“, sagt DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer. Das Landesamt für Besoldung und Versorgung hat der DPoIG bereits vor einiger Zeit auf Anfrage mitgeteilt, dass für den Aufstieg schon seit dem 01.01.2011 die Regelungen des § 22 LBesGBW Anwendung finden:

„Verringert sich während eines Dienstverhältnisses nach § 1 Abs. 1 LBesGBW die Summe der Dienstbezüge aus Grundgehalt, Amtszulage und Strukturzulage durch die Verleihung eines anderen Amtes aus dienstlichen Gründen, sind abweichend von § 21 LBesGBW das Grundgehalt sowie die Amtszulage und die Strukturzulage zu zahlen, die bei einem Verbleiben in dem bisherigen Amt zugestanden hätten.“

Es bestehen keine versorgungsrechtlichen Nachteile.

Die betroffenen Beamten erhalten durch § 22 LBesGBW nach dem Aufstieg weiterhin die ruhegehaltstfähige Strukturzulage und die ruhegehaltstfähige Amtszulage, die ihnen in A9 mD zugestanden hat. Erst bei einer Beförderung nach A10 entfällt die bisher gezahlte Amtszulage/Strukturzulage. Das bedeutet also, dass versorgungsrechtlich keinerlei Nachteile bestehen.

Also lohnt es sich?!

Die Frage ob sich ein Aufstieg lohnt oder nicht, muss jeder für sich beantworten. Die Chancen im gehobenen Dienst weiter befördert werden zu

können, sind nicht gering. „In den nächsten Jahren gehen insbesondere Beamte des gehobenen Dienstes in den Ruhestand. Davon werden auch die über das QL-Programm aufgestiegenen Kollegen/innen profitieren“, prognostiziert Kusterer.

Positive Begleiterscheinung.

Überdies gibt es für jeden Aufsteiger in A9 mit Zulage Nachzugsbeförderungen. Steigt ein Kollege oder eine Kollegin in A9+Z auf, gibt es in der Regel zwei Nachzugsbeförderungen (1x A9 und 1x A9+Z). Für alle im mittleren Dienst verbleibenden Kolleginnen und Kollegen ist es von großem Vorteil, wenn insbesondere die Kollegen/innen in A9+Z sich für QL bewerben.

Verteilung Lehrgangspätze QL

QL-Lehrgänge		19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.
Lehrgang	Gesamt Lehrgang 19 bis 29	07.03.16- 29.04.16	09.05.16- 01.07.16	30.05.16- 22.07.16	13.06.16- 05.08.16	01.08.16- 23.09.16	05.09.16- 28.10.16	26.09.16- 18.11.16	10.10.16- 02.12.16	24.10.16- 16.12.16	28.11.16- 20.01.17	12.12.16- 03.02.17
PTLS Pol	2			2								
HfPoI BW	13			3	1	2	1	2	1	1	1	1
LKA BW	1		1									
LfV	2				2							
PP AA	39	3	3	3	4	4	3	3	4	4	4	4
PP FR	53	5	5	5	4	4	5	5	5	5	5	5
PP HN	44	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
PP KA	67	6	6	6	8	5	6	6	6	6	6	6
PP KN	53	4	5	5	4	5	5	5	5	5	5	5
PP LB	42	4	4	4	3	4	4	4	4	4	4	3
PP MA	86	8	8	7	7	8	8	8	8	8	8	8
PP OG	21	3	2	1	2	2	2	1	2	2	2	2
PP RT	56	6	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
PP S	62	6	6	5	6	6	6	6	5	5	5	6
PP TUT	33	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
PP UL	56	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	6
PP E	30	3	3	2	2	3	3	3	3	3	3	2
Gesamt	642	60	59	55	57	58	59	58	59	59	59	59

Nachdem durch das Innenministerium die Zulassungszahlen für den Aufstieg in den gehobenen Dienst festgelegt worden sind, wurden jetzt die bei den Dienststellen zur Verfügung stehenden Plätze für die Qualifizierungslehrgänge (QL) Nr. 20 bis 29 vergeben. Die Zulassungszahlen für den 19. QL wurden bereits im Februar bekannt gegeben.

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst geht gar nicht!

Sonderkonferenz des Bundesinnenministeriums in Berlin: DPoIG beklagt zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst

Bundesinnenminister de Maizière fordert mehr Schutz vor Angriffen für Polizisten, Rettungskräfte und Behördenmitarbeiter - und will Gewalttäter härter bestrafen. Es gebe eine gesellschaftliche Verrohung.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat mehr Respekt für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gefordert und eine zunehmende gesellschaftliche Verrohung angeprangert. Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte nehme zu, Mitarbeiter in Ämtern seien sehr häufig mit Beschimpfungen und Pöbeleien konfrontiert, sagte de Maizière im April bei einer Konferenz in Berlin. Es gebe auch immer wieder drastische Einzelfälle von schweren Körperverletzungen gegen Beamte, bis hin zu Tötungen. Auch Gerichtsvollzieher, Zollbeamte oder Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes könnten von Ausbrüchen wütender Menschen berichten.

Deckung im anonymen Web.

Die weitgehende Anonymität des Internets verstärkte die Entwicklung noch. „In sozialen Netzwerken explodiert mittlerweile der Hass“, so de Maizière. „Verrohte Sprache ist Gift.“ Wenn die Gesellschaft dem nicht Einhalt gebiete, drohe der Zusammenhalt Schaden zu nehmen. Im Umgang mit anderen Menschen müsse es auch moralische Tabus geben, so de Maizière. Nötig seien Respekt, Höflichkeit, Freundlichkeit und Achtsamkeit im Umgang miteinander. Es dürften nicht jene kritisiert werden, „die für uns alle ihren Dienst tun“. Gerade eine moderne Gesellschaft brauche Respekt. „Das ist nicht altmodisch“, betonte der Minister.



Bild: Pixabay

Mehr als 62.000 Bedienstete angegriffen.

De Maizière forderte mehr Schutzmaßnahmen: „Wir brauchen Schutz für die Beschäftigten, Notruftasten bei bestimmten Behörden, Schulungen in Deeskalation und Bewältigung von Konfliktlagen.“ Gleichzeitig verlangte der Innenminister ein schärferes Vorgehen gegen die Täter: „Härtere Strafen helfen. Wir reden in der Innenministerkonferenz darüber“, sagte de Maizière im ARD-Morgenmagazin. Es gehe aber vor allem um schnelle Strafverfahren „und überhaupt mal eine Strafe, wenn es um Gewalt geht“.

Richter sind oft viel zu milde.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft forderte die Justiz auf, bei Fällen von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst rigoros vorzugehen. „Die

Richter urteilen oft viel zu milde, eine Ermahnung und ein drohender Zeigefinger schrecken doch niemanden ab“, sagte der Bundesvorsitzende Rainer Wendt.

Im vergangenen Jahr wurden 62.000 Bedienstete angegriffen. Allein beim Gewaltexzess von Autonomen am Rand einer Neonazi-Demo in Leipzig im Dezember 2015 wurden 69 Polizisten verletzt und 50 Dienstfahrzeuge beschädigt. Bei Protesten zur Eröffnung des Frankfurter EZB-Hochhauses im März 2015 wurden mehr als 90 Beamte verletzt, einige durch Steinwürfe an den Kopf. Auch Feuerwehrleute und Sanitäter werden bei Demonstrationen und Massenveranstaltungen wie Silvester nach Angaben der Gewerkschaft Komba viel häufiger Opfer von Gewalt.

Quelle: Spiegel Online

Update: Beamte des PTLs Pol in Freiburg sitzen bald (nicht) auf der Straße!

Nach der Veröffentlichung einer landesweit auf Medieninteresse gestoßenen Pressemitteilung der DPoIG hat das Innenministerium sich zur geplanten Unterbringung unserer Kolleginnen und Kollegen geäußert.

Im Rahmen der Polizeistrukturreform im Jahr 2014 wurde das Polizeiareal in der Müllheimer Straße in Freiburg dem „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“ sowie der „Hochschule für Polizei“ zur Verfügung gestellt. Jetzt schließt das Polizeiareal in Freiburg im August 2016 endgültig die Pforten. Die Beschäftigten des Präsidiums Technik hatten Anfang März noch keinerlei ministerielle Aussage, ob sie weiterhin am Dienort in Freiburg ihren Dienst verrichten würden. Die DPoIG nahm dies Anfang März zum Anlass, Innenminister Gall (SPD) in einer Pressemitteilung aufzufordern, sich klar zu seinen Beschäftigten und der Wichtigkeit des Standortes zu bekennen.

Die Aktion trug Früchte. Wenige Tage darauf informierte Ministerialdirektor Dr. Herbert O. Zinell über die Haltung des Innenministeriums und den aktuellen Sachstand der liegenschaftlichen Planungen in Freiburg.

Wohin ist noch offen.

Erst Ende des vergangenen Jahres habe festgestanden, so Zinell, dass eine gedachte Unterbringung in Gebäuden des Polizeipräsidiums Freiburg weder in der Heinrich-von-Stephan-Straße noch in der Bissierstraße möglich sein wird. Das Amt Vermögen und Bau Freiburg wurde im Februar vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft beauftragt, eine andere geeignete Liegenschaft am Standort Freiburg zu suchen. Bis eine geeignete Liegenschaft für die endgültige Unterbringung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des PTLs Pol gefunden, baulich und technisch

ertüchtigt sei, garantiere das Innenministerium aber den Verbleib in den bisherigen Büroräumlichkeiten in der Müllheimer Straße.

Keine Aufgabe des Freiburger Außenpostens geplant.

Warum ließ eine offizielle Auskunft so lange auf sich warten? Der Amtschef im Innenministerium versicherte, dass mit der definitiven Aufgabe des „Campus Freiburg der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg“ im Sommer 2016 keine Auflösung der Freiburger Außenstelle des PTLs Pol verbunden gewesen sei.

„Wir bedanken uns, dass sich Herr Innenminister Gall der Sache angenommen hat und uns informieren ließ. Insbesondere für unsere betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist es immens wichtig Planungssicherheit zu haben und zu wissen, wie es für sie ab Sommer 2016 persönlich weitergeht“, sagte Michael Haug, Vorsitzender des DPoIG-Präsidialverbands der Deutschen Polizeigewerkschaft beim „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“. Die DPoIG wird die Anschlussunterbringung im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen weiterhin konstruktiv begleiten.



Bewusst provokantes Bild als Anlage zu unserer Pressemitteilung von Anfang März: Das Polizeiareal in der Müllheimer Straße in Freiburg.

HUNDEKOT STATT DROGENFUND

Ortenaukreis - Mehrere Beutel mit Hundekot hat ein Mann der Polizei in Achern als vermeintlichen Drogenfund auf den Tisch gelegt. Der Mann hatte beim Sonntagsspaziergang beobachtet, wie ein Unbekannter mehrere kleine schwarze Kunststoffbeutel in einem Müllbehälter deponierte. Der Spaziergänger hielt dies für ein Drogenversteck, fischte die Beutel heraus und brachte sie zur Polizei. Den besseren Riecher hatten die Ermittler, kaum dass der Zeuge die Beweisstücke ausgelegt hatte. Der Geruch war zu eindeutig. Der aufmerksame Bürger durfte die Beutel zur Entsorgung wieder mitnehmen.

Quelle: Welt.de

Besoldung im Bundesvergleich

Bund und Bayern zahlen am besten. Baden-Württembergs Polizisten finden sich auf siebtletzten Platz wieder.

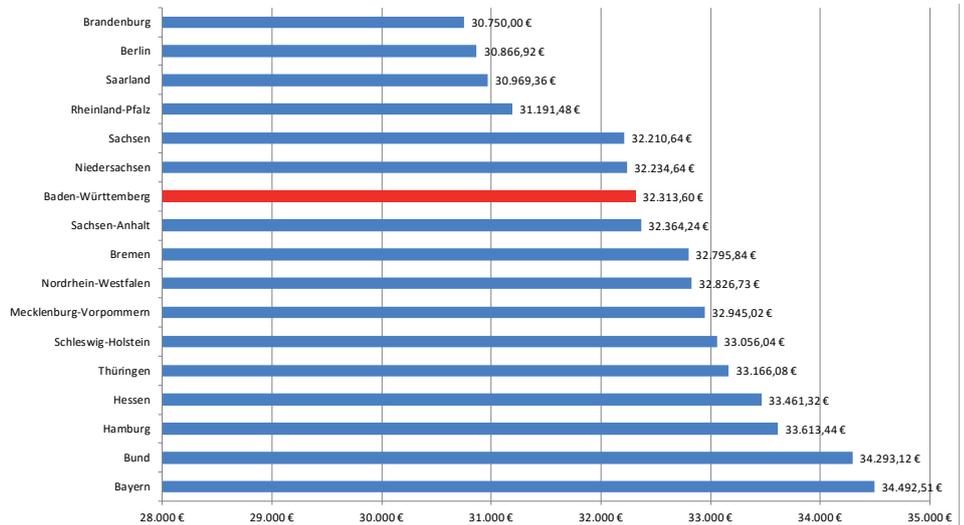
Die Unterschiede bei Gehältern in der freien Wirtschaft können bekanntlich enorm sein. Ein Bauingenieur in Schwerin beispielsweise verdient rund 2400 Euro monatlich, in München sind es rund 3700 Euro. Bei Funktionen mit Personalverantwortung zeichnet sich ein ähnliches Bild ab: Ein Vertriebsleiter in Schwerin verdient knapp 5000 Euro im Monat, in Frankfurt am Main bekäme er fast 8000 Euro. Was in der freien Wirtschaft durch Mietpreise und Lebenshaltungskosten in Ballungszentren und Metropolregionen leicht zu erklären ist, hinkt bei der Beamtenbesoldung.

Frankfurt am Main und München belegen seit Jahren die Spitzenplätze bei den freien Gehältern, gefolgt von Düsseldorf, Stuttgart, Wiesbaden oder Köln. In solchen Städten werden aber nicht nur Deutschlands höchste Gehälter gezahlt, sondern auch Deutschlands höchste Mieten fällig. Im Umkehrschluss sind die Mieten umso erschwinglicher, je strukturschwächer eine Region ist. Oft gilt das auch für die sonstigen Lebenshaltungskosten. Die preiswertesten Städte Deutschlands liegen alle auf dem flachen Land.

Fahrt- und Lebenshaltungskosten ein entscheidender Aspekt.

In der Beamtenbesoldung werden diese regionalen Unterschiede nicht ausgeglichen. Sogenannte „Ballungsraumzulagen“ wurden in der Bundesrepublik schon vor einigen Jahrzehnten (1973) abgeschafft. Die einzige Ausnahme ist der Raum München. Der Freistaat Bayern führte die Zulage im Jahr 1990 ein, um den Beamten in der Stadt München sowie deren Umland einen Ausgleich für die hohen Lebenshaltungskosten zu gewähren.

Es gelten also die Besoldungstabellen des jeweiligen Landes oder des Bundes. Baden-Württembergs



Graphik: Jahresbruttobesoldung Polizei A9 (Eingangsstufe), Stand Januar 2016

Beamte bekommen in Stuttgart, Karlsruhe oder Freiburg nicht mehr oder weniger Gehalt, als in Freudenstadt, Wertheim oder Böllen. „Für viele Kolleginnen und Kollegen sind monatliche Fahrt- und Lebenshaltungskosten ein entscheidender Aspekt, wenn es um die Wahl der künftigen Dienststelle oder einer anderen Verwendung geht“, sagte der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Jürgen Engel.

Bayern und Bund für Berufsanfänger am attraktivsten.

Im Bund-Länder-Vergleich zeichnen sich in den Beamtengrundgehältern teils gravierende Unterschiede ab. Kein Wunder, dass immer mehr Berufsanfänger deshalb bereits vor einer Bewerbung um einen Ausbildungsplatz ganz genau hinschauen. Im Vergleich der Besoldungsstufe A9 sind Bayern und der Bund für angehende Polizeibeamtinnen und -beamte am attraktivsten. Zwischen dem Tabellenführer Bayern und dem Tabellenletzten Brandenburg klafft immerhin eine Differenz von jährlich knapp 4.000 Euro.

Gegenüber dem Schlusslicht Brandenburg haben Baden-Württembergs Polizeihauptmeister gerade mal knappe 1500 Euro Vorsprung jährlich.

Damit bildet das Ländle im Ranking den Auftakt zum letzten Drittel und liegt auf Platz 11 von 17 möglichen.

In vielen Bundesländern, auch in Baden-Württemberg, klagt die Polizei über Nachwuchsmangel. Beim immer wichtiger werdenden Wettstreit um die „besten Köpfe“ und Nachwuchskräfte ist eine angemessene Grundbesoldung ein entscheidender Wettbewerbsvorteil, meint die DPoIG. Gegenüber den lockenden Angeboten aus anderen Berufen, aber auch gegenüber anderen Dienstherren.

Rücknahme Absenkung Eingangsbesoldung unbedingt.

Nicht ohne Grund fordern die Vertreter der DPoIG und des Beamtenbundes in Baden-Württemberg so vehement die Rücknahme der in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Absenkung der Eingangsbesoldung. Die erweiterte Absenkung der Eingangsbesoldung war Bestandteil eines der fünf Sparpakete, welche die grün-rote Landesregierung Beamten und Versorgungsempfängern seit Regierungsübernahme im Jahr 2011 verordnet hatte. Der Beamtenbund hatte vor dem Beschluss wiederholt kritisiert, dass Grün-Rot mit diesem Sparbeschluss den öffentlichen

Dienst für junge Leute unattraktiv mache. „Im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um Nachwuchskräfte ist das ein fatales Signal“, so der BBW-Landesvorsitzende Volker Stich. Der Beamtenbund ging juristisch gegen die Landesregierung vor und verklagte Grün-Rot wegen der Entscheidung, jungen Beamten drei Jahre lang die Eingangsbesoldung um bis zu acht Prozent zu kürzen.

Quellen: Gehalt.de, Süddeutsche, Stuttgarter Nachrichten

Zahlen: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

FAHRTKOSTEN VON POLIZEIBEAMTEN

Ein Polizeibeamter, der im Einsatz und auf Streife schwerpunktmäßig außerhalb seiner Dienststelle im Außendienst tätig ist, kann seine Fahrtkosten zur Arbeitsstätte in tatsächlicher Höhe als Werbungskosten absetzen. Es ist von einer Auswärtstätigkeit auszugehen, die auch zum Abzug von Verpflegungsmehraufwendungen berechtigt (Bundesfinanzhof, Az. VI R 8/15).

Quelle: Finanztest April 2016



www.jungepolizei.de/bw

Zentrale Bezirksjugendkonferenz

JUNGE POLIZEI trifft sich zum Austausch in Böblingen

Ende März fand in Böblingen eine zentrale Bezirkstagung der JUNGEN POLIZEI statt. Wichtigster Programmpunkt waren die Wahlen der Ansprechpartner für die JUNGE POLIZEI in den neugegründeten Bezirksverbänden.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Daniel Jungwirth moderierte - als zeitgleich amtierender Landesjugendleiter - die Konferenz und gab einen Einblick in die aktuellen Aufgabenschwerpunkte der Nachwuchsorganisation. DPoIG-Landeschef Ralf Kusterer informierte die interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer über geplante Änderungen beim Zulassungsverfahren und über die aktuelle und zukünftige Unterbringung der Auszubildenden und Studierenden.

Höhepunkte der Veranstaltung waren zweifelsohne die separat stattgefundenen Wahlen der Präsidial- und Bezirksvorsitzenden der JUNGEN POLIZEI. Über die Wahlergebnisse wird in der nächsten Ausgabe POLIZEISPIEGEL berichtet.



Informieren, Meinung bilden, Ideen sammeln, Mitmachen und Mitgestalten: Eindrücke von der zentralen Bezirkskonferenz der JUNGE POLIZEI in Böblingen



Bildung der DPoIG-Seniorenvertretung

DPoIG-Ruheständler wissen ihre Interessen künftig noch besser vertreten.

Die Delegierten des DPoIG-Bundeskongresses haben im April 2015 eine eigene (Bundes)Seniorenvertretung gegründet. Nun wird auch auf Landesebene eine spezifische Seniorenvertretung gebildet.

Die Seniorinnen und Senioren aus unseren eigenen Reihen haben es verdient, dass ihre vielseitigen Anliegen in einer eigenen Organisationsstruktur sachkundig und nachhaltig im politischen Raum vertreten werden. Zusammen mit der dbb Seniorenvertretung und der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) treten die Beauftragten der DPoIG-Bundesseniorenvertretung konsequent für die Interessen der ehemaligen Aktiven ein. Allen voran geht Gerhard Vogler als Bundesseniorenbeauftragter der DPoIG.

Erste Landesseniorenkonferenz der DPoIG Baden-Württemberg im Mai.

Die auf dem DPoIG-Landeskongress im November 2015 in Stuttgart beschlossene Satzungsänderung ermöglicht auch in Baden-Württemberg eine DPoIG-Seniorenvertretung auf Landesebene zu etablieren. Zur Bildung der Landesseniorenvertretung der DPoIG Baden-Württemberg findet Anfang Mai in Böblingen eine erste Landesseniorenkonferenz statt. Die Kreisverbände entsenden dorthin Delegierte aus dem Kreis der Pensionäre und Ruheständler. Als prominenter Gastredner ist unter anderem Dieter Berberich, der Landesvorsitzende des Seniorenverbands Öffentlicher Dienst in Baden-Württemberg, vorgesehen.

Es gibt etliche gute Gründe und Vorteile, warum so viele Pensionäre und Ruheständler auch im Ruhestand ihre DPoIG-Mitgliedschaft beibehalten wollen:

Als zur Ruhe gesetzte Beamte wissen sie, dass sich deren Versorgungsbezüge weiterhin im Einklang



Auch im Ruhestand sich gut vertreten wissen, dank DPoIG Seniorenvertretung

mit dem Einkommen der Aktiven erhöhen. Dank dem Engagement des Beamtenbundes und der DPoIG werden ausgehandelte Tarifabschlüsse auch auf Beamte und Pensionäre übertragen.

Berentete Angestellte wissen, dass sich die Rentensteigerungen an der allgemeinen Einkommensentwicklung ausrichten. Alles was die Gewerkschaften erstreiten, kommt auch den Rentnern zugute.

Der Beamtenbund und die DPoIG bleiben in ihrem Engagement für eine gerechte beamtenrechtliche Versorgung hartnäckig. Mit ihrer Mitgliedschaft stärken Pensionäre und Rentner ihre Gewerkschaft bei diesem Ziel.

Den kostenlosen DPoIG-Rechtsschutz auch im Ruhestand nicht missen. Pensionäre stehen weiterhin in einer öffentlich-rechtlichen Bindung zum Dienstherrn. Rechtsberatung und Rechtsschutz durch spezialisierte Fachanwälte des dbb sind Gold wert.

Das regelmäßig frei Haus gelieferte Mitgliedermagazin POLIZEISPIEGEL. Wissen was bei „unserer“ Polizei so läuft, steht auch bei Pensionären und Rentnern hoch im Kurs.

Eingebunden bleiben in die kollegialen Zusammenkünfte und Veranstaltungen der DPoIG vor Ort. Damit der Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen nicht ganz verloren geht.

Von der dbb Akademie angebotene Seminar und DPoIG-Studienreisen. Insbesondere seniorenspezifische Fachthemen, (z.B. zu Patientenverfügung, Vollmachten, Pflege, Erben und Vererben) sind gefragt denn je.

Eine Vielzahl wirtschaftlicher Vorteile. Die gleichen den abgesenkten Mitgliedsbeitrag schnell aus. Mitglieder haben Zugang zu verschiedenen exklusiven DPoIG-Vorteilsangeboten.

Das **dbb-vorsorgewerk** mit allen Angeboten bietet alles, was Seniorinnen und Senioren so brauchen. Die **DPoIG-Stiftung** bietet günstige Urlaubsquartiere in stiftungseigenen Häusern in Oberbayern.

Vorbereitend auf den „Fall des Falles“ gibt ein **Notfallordner** Hilfestellung. Mitglieder erhalten diesen auf Anforderung frei Haus. Ein **DPoIG-Seniorenvertreter** steht mit Rat und Tat zur Seite. Hinterbliebene erhalten ein **Sterbegeld**.